

# »Müssen jetzt gegensteuern«

*Im Interview mit dem Bau & Immobilien Report spricht Infrastrukturministerin Doris Bures über die geplanten Effekte des Konjunkturpakets, das Investitionsgleichgewicht in Hoch- und Tiefbau und die Auswirkungen der Alpine-Pleite auf öffentliche Ausschreibungen.*

gegensteuern«

Von Bernd Affenzeller

**Report:** Kritiker bezeichnen das von der Regierung geschnürte Konjunkturpaket als Wahlzuckerl ohne nachhaltige Wirkung. Wo sehen Sie in den geplanten Maßnahmen nachhaltig positive Effekte für die österreichische Wirtschaft?

**Doris Bures:** 14.000 neue Wohnungen sind schon eine nachhaltige Wirkung. Gerade jetzt, wo so viele junge Familien sich wirklich schwertun, eine Wohnung zu finden, die sie sich auch leisten können. Die jetzt geplanten Investitionen in den Wohnungsbau helfen unmittelbar den Wohnungssuchenden, und sie helfen der Wirtschaft. Gemeinsam mit den anderen Maßnahmen wird das eine spürbare Belebung in der Bauwirtschaft und im Baugewerbe bringen. Es werden tausende Arbeitsplätze abgesichert. Und das ist in der aktuell schwierigen Lage der Branche wirklich ein Gebot der Stunde.

**Report:** Sie haben sich in den letzten Wochen wiederholt für eine Wohnbauoffensive ausgesprochen. Jetzt erhalten die Länder 2014 tatsächlich 276 Millionen Euro zusätzlich für die Wohnbauförde-



»Es gilt heute das Gleiche wie am Anfang der Krise: Wir müssen gegensteuern. Jeder Arbeitsplatz, der jetzt verloren geht, ist nur schwer wieder zurückzugewinnen«, nennt Doris Bures ein zentrales Motiv des von der Regierung geschnürten Konjunkturpakets.

rung. Das Geld soll aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen kommen. Vertreter der ländlichen Regionen kritisieren, dass diese Erlöse in den Ausbau von Breitbandinfrastruktur im ländlichen Raum hätten fließen sollen. Ist Ihnen als Infrastrukturministerin der Wohnbau

wichtiger als der flächendeckende Breitbandausbau?

**Bures:** Die von Ihnen angesprochenen Vertreter der ländlichen Regionen waren vor allem die Vertreter des ÖVP-Bauernbunds. Und die Unterlagen einfach einem Missverständnis. Denn es war von Anfang an klar, dass die 276 Millionen Euro für leistbares Wohnen nicht statt der Breitbandoffensive kommen, sondern zusätzlich. Das heißt, natürlich bleibt es dabei, dass die 250 Millionen Euro, die meinem Ministerium aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen zufließen, für eine digitale Offensive verwendet werden. Wir werden den Ausbau von ultraschnellem Breitband damit fördern und Forschung und Entwicklung

im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien.

**Report:** Bauinvestitionen brauchen eine gewisse Vorlaufzeit. Ein Großteil der angekündigten Investitionen wird daher frühestens 2014 greifen. Dann sollte die Konjunktur nach Expertenmeinung aber ohnehin schon wieder anziehen. Besteht nicht die Gefahr, dass die geplanten Maßnahmen ins Leere greifen?

**Bures:** Die Wirtschaftsforscher haben ihre Prognosen zuletzt immer wieder nach unten revidiert. Zugleich hat man

ausstehenden Projekte bis zum Jahr 2023 fertiggestellt werden. Das wird jetzt deutlich schneller gehen, schon 2019 sollen alle Projekte abgeschlossen sein. Das heißt, dass pro Jahr im Schnitt rund 20 Millionen Euro mehr investiert werden.

**Report:** Welche baulichen Maßnahmen sollen umgesetzt werden?

**Bures:** Gebaut werden hauptsächlich Dämme, Hochwasserschutzwände und Flutmulden. So wird zum Beispiel in Emmersdorf in Niederösterreich auf einer Länge von rund 1,9 Kilometern ein

“ Wer eine Hochleistungsinfrastruktur will, muss investieren. Österreich macht das. ”

den Zeitpunkt für die vorausgesagte Erholung der Konjunktur immer wieder verschoben, zuerst auf Herbst 2013 und jetzt auf 2014. Wir haben aber in Österreich eine wichtige Erfahrung gemacht: Nichts tun und einfach abwarten ist kein Rezept. Das haben wir zu Beginn der Krise im Jahr 2008 nicht gemacht und das machen wir auch jetzt nicht. Daher gilt jetzt das Gleiche wie am Anfang der Krise: Wir müssen gegensteuern. Jeder Arbeitsplatz, der jetzt verloren geht, ist nur schwer wieder zurückzugewinnen. Weil wir in Konjunkturpakete investiert haben, steht unser Land heute besser da als die meisten anderen EU-Länder, mit der geringsten Arbeitslosigkeit und deutlich besseren Ergebnissen bei Wachstum und Beschäftigung.

**Report:** Während der Hochwasserkatastrophe war viel die Rede von zusätzlichen und vorgezogenen Investitionen in Schutzbauten. Wie viel Geld wird jetzt tatsächlich in den nächsten Jahren investiert werden, wie viel davon ist frisches Geld und wie viel wird vorgezogen?

**Bures:** In den kommenden Jahren werden 400 Millionen Euro in den Hochwasserschutz entlang der Donau investiert. Das Geld kommt vom Verkehrsministerium und den Ländern, auch die Gemeinden leisten einen Beitrag je nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Bisher war vereinbart, dass die 17 noch

Hochwasserschutzsystem errichtet, das aus festen und mobilen Wänden sowie Dämmen besteht; allein hier investieren wir 22 Millionen Euro, um die Bevölkerung auch vor einem sehr schweren Hochwasser zu schützen.

**Report:** Die Bau-Konjunkturmaßnahmen gehen zu einem großen Teil in den beschäftigungsintensiveren Hochbau. Ist zu befürchten, dass die Investitionen der öffentlichen Hand in die Verkehrsinfrastruktur weiter rückläufig sein werden?

**Bures:** So weit es die hochrangige Verkehrsinfrastruktur betrifft, nein. Sie müssen sich nur die aktuellen sechsjährigen Rahmenpläne für die ÖBB und die AS-FINAG ansehen. Wir investieren bis 2018 pro Jahr mehr als zwei Milliarden Euro in die umweltfreundliche Schiene, also neue Strecken, Ausbau und Modernisierung des Bestandsnetzes, Bahnhöfe und Güterterminals. Die ASFINAG investiert jährlich rund eine Milliarde Euro in den Lückenschluss, Erhaltungen und vor allem in Verkehrssicherheitsausbauten, zum Beispiel zweite Tunnelröhren und technische Aufrüstung der Straßentunnel. Wenn Sie die europäische Diskussion mitverfolgen, dann sieht man, dass Investitionen in eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur immer mehr Gewicht bekommen, weil eine gute Infrastruktur für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort einen Grundvoraussetzung ist. Wer

eine Hochleistungsinfrastruktur will, muss investieren. Österreich macht das.

**Report:** Die Pleite der Alpine ist zumindest zu einem Teil auch dem ruinösen Preiskampf in der Bauwirtschaft geschuldet. Wäre ein Wechsel vom Billigst- zum Bestbieterprinzip Ihrer Meinung nach sinnvoll, um diese Entwicklungen zu stoppen oder soll das Billigstbieterprinzip weiter zur Anwendung kommen, um bei öffentlichen Aufträgen die Kosten für den Steuerzahler so gering wie möglich zu halten?

**Bures:** Den Medienberichten entnehme ich, dass die Insolvenz der Alpine-Gruppe ihre Ursache in Großprojekten auf ausländischen Märkten hat. In Österreich hingegen findet die Bauwirtschaft, insbesondere durch sehr hohe öffentliche Investitionen in nachhaltige Infrastrukturprojekte, vergleichsweise stabile Rahmenbedingungen. Weil diese Aufträge mit öffentlichen Geldern finanziert werden, ist ein transparenter und effizienter Mitteleinsatz notwendig. Abhängig von der Art der Leistung wählt der Auftraggeber schon heute die unter diesen Gesichtspunkten bestmöglichen Zuschlagskriterien. Um dabei einen ruinösen Preiskampf zu unterbinden, sieht das österreichische Vergaberecht zwingend vor, unterpreisige Angebote auszuschneiden. Eine generelle Abkehr von diesen Prinzipien erachte ich daher weder für notwendig noch für zielführend.

**Report:** Was werden Ihrer Meinung nach aus jetziger Sicht die beherrschenden Themen in der heißen Phase des Wahlkampfs sein?

**Bures:** Ich glaube, einige der Themen, die wirklich wichtig sind, haben wir eben angesprochen: Beschäftigung, sichere Arbeitsplätze, leistbares Wohnen, nachhaltiges Wachstum. Österreich ist besser durch die Krise gekommen, weil wir immer darauf geschaut haben, wie wir mit unseren Maßnahmen Beschäftigung sichern und die Wirtschaft in Schwung halten. Darum wird es auch in Zukunft gehen, und natürlich um Bildung, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit. Und diese Themen stehen für meine Partei immer ganz oben. □